



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker, Alfons Brandl, Karl Freller, Dr. Marcel Huber, Dr. Beate Merk, Martin Mittag CSU

Drs. 18/17085, 18/18469

Heuschnupfen – Prävention ausbauen – Betroffene unterstützen

Der Landtag stellt fest:

In Bayern leiden nach Schätzungen des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) mehr als 2 Mio. Menschen unter einer Pollenallergie, die auch im Alltag zu erheblichen Beschwerden führen kann. Etwa 490 000 Erwachsene und ca. 85 000 Kinder und Jugendliche sind von Asthma bronchiale betroffen.

Deshalb war es im Sinne dieser Menschen und des Gesundheitsschutzes für die Betroffenen, dass der Freistaat Bayern mit ePIN das weltweit erste elektronische Polleninformationsnetzwerk aufgebaut hat. Dessen Arbeit ist für die Allergikerinnen und Allergiker im Freistaat von unschätzbare Bedeutung und sollte bayernweit im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel noch engmaschiger ausgebaut werden, um die Verfügbarkeit spezifischer Informationen zum Pollenflug vor Ort weiter zu optimieren.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, folgende Maßnahmen im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel umzusetzen:

- Weitere Intensivierung der Forschung, etwa durch Beauftragung einer Studie zu den Ursachen von Heuschnupfen, wie möglicherweise dem oxidativen Stress beim Einatmen winziger Schadstoffpartikel.
- Ausweitung der Prävention, insbesondere durch umfassende Information zu Entstehung, Risikofaktoren, Behandlungsmöglichkeiten und Kreuzallergien von Heuschnupfen, wobei ein Schwerpunkt auf die Information von Familien gelegt werden sollte.
- Zielgruppenspezifische Information und Aufklärung für Menschen mit Migrationshintergrund.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege zu berichten

- über die mit Beschluss des Plenums (Drs. 18/11013) etablierten Pollenmonitore und deren weitere Ausbaumöglichkeiten,
- über die bisherigen Maßnahmen des Ambrosia-Aktionsprogramms von 2007.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident